

ExpertInnenrat

migration
integration
teilhabe



Maßnahmenpaket der Arbeitsgruppe Bildung zum Schwerpunktthema
„Mehrsprachige und diversitätsorientierte Bildung in Österreich“ (2021)

EINLEITUNG

Dieses Maßnahmenpaket adressiert fünf Gruppen bzw. Bildungsbereiche: PädagogInnen im Elementarbereich und an Schulen, SchülerInnen und Kindergartenkinder, Schulen und elementare Bildungseinrichtungen, Eltern und Erziehungsberechtigte sowie den Bereich der Erwachsenenbildung. Eltern und Erziehungsberechtigte als AdressatInnen deshalb, weil sich das österreichische Schulsystem als Halbtagschulsystem wesentlich auf deren Mitarbeit beruft. Das Maßnahmenpaket ist in zwei Teile aufgeteilt: In Teil eins werden die Bildungsbereiche inklusive der Erwachsenenbildung kurz skizziert. Im anschließenden zweiten Teil finden sich konkrete Maßnahmen für die fünf ausgewählten Gruppen.

Bildung und die deutsche Sprache werden meist als wichtigster „Schlüssel zur Integration“ angesehen. Aus ExpertInnen­sicht ist es jedoch vielmehr so, dass Partizipation am Bildungssystem und seinen Entscheidungsprozessen den Schlüssel zu Bildung darstellt.

Eines der größten Dilemmata unserer derzeitigen Gesellschaft und Bildungspolitik ist jedoch die fehlende Chancengleichheit im Bildungssystem, die durch ethnische Zugehörigkeiten (mit-) bestimmt wird:

Einerseits gibt es einen weitgehenden gesellschaftlichen Grundkonsens über den Stellenwert von Chancengleichheit und Integration. Andererseits zeigen statistische Daten des Bildungssektors eine ungleiche Verteilung von Bildungschancen entlang der ethnischen Zugehörigkeit. (Schweiger 2010: S. 8)

Solange sich die Institution Schule (auch) als Selektionsapparat versteht und Kindern schon sehr früh bestimmte (Bildungs-)Biografien zuschreibt, solange Eltern und Erziehungsberechtigte nicht aktiv am Bildungsgeschehen partizipieren können, da ihnen womöglich Informationen über diesbezügliche Möglichkeiten fehlen, solange gleichzeitig ein Großteil der Bildungs- und Unterstützungsarbeit an die Eltern und Erziehungsberechtigten delegiert wird, da es nur wenige Ganztagschulen gibt, und solange in einem Land insgesamt Bildung vererbt wird, also Bildungskarrieren aufgrund von sozialer Schichtunterschiede bestimmt werden, stellt Bildung eben keine Möglichkeit des sozialen Aufstiegs dar, sondern zementiert gesellschaftliche Unterschiede ein (vgl. El-Mafaalani 2020: S. 175 und S. 202).

| Bildungsbereiche

1. Elementarbildung

Der Elementarbereich in Österreich setzt sich aus Kindergruppen, Kleinkindergruppen, Tagesmüttern/ Tagesvätern sowie privaten und städtischen bzw. Landeskindergärten zusammen. Im folgenden Abschnitt konzentrieren wir uns auf die Kindergärten, wenngleich die Forderungen (teilweise) auch für die anderen genannten Formen des Elementarbereichs gelten. Der Kindergarten ist in seinem Selbstverständnis sowie seiner gesellschaftlichen und politischen Ausrichtung eine monolinguale Institution (vgl. Gogolin 2008, Panagiotopoulou 2016). Die den Kindergarten besuchenden Kinder sind jedoch keineswegs so monolingual und homogen, wie die dahingehende Ausrichtung des Kindergartens es vermuten lässt. Im Durchschnitt sprachen im Kindergartenjahr 2017/18 33 Prozent der Kinder in Österreich eine nicht-deutsche Umgangssprache, wobei der Anteil in Wien mit 60,1 Prozent am höchsten war (vgl. Nationaler Bildungsbericht 2020; siehe Abbildung 1).

Kinder in Kindertagesheimen nach nichtdeutscher Umgangssprache 2017/18



Abbildung 1: Kinder in Kindertagesheimen nach nichtdeutscher Umgangssprache 2017/18 (ÖIF 2020, S. 27)

Die sich durch unterschiedliche sprachliche, kulturelle und soziale Hintergründe ergebende Diversität der Kinder und ihrer Eltern/Erziehungsberechtigten spiegelt sich aber häufig weder im (pädagogischen) Betreuungspersonal (vgl. Sobczak-Filipczak 2013) noch in den Bildungsangeboten für die Kinder wider. Die naheliegende Empfehlung und Forderung lautet daher, Mehrsprachigkeit in unterschiedlichen Formen in den Kindergartenalltag einzubeziehen (siehe v.a. Teil 2, Abschnitt 1 „Stärkung der PädagogInnen“). Das im Kindergartenjahr 2010/11 eingeführte kostenlose, verpflichtende Kindergartenjahr soll garantieren, dass Kinder unabhängig von ihrem sozioökonomischen Hintergrund in ihrer Bildungslaufbahn bestmöglich unterstützt werden. Allerdings zeigen die statistischen Auswertungen bereits seit Jahren (auch für jüngere Kinder, die von der Verpflichtung noch nicht betroffen sind), dass Kinder mit österreichischer und Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit etwa zu gleichen Anteilen elementare Bildungseinrichtungen besuchen (Statistik Austria 2019/20; Blaschitz/Korecky-Kröll/Dressler 2019, S. 243f.).

2. Schulbildung

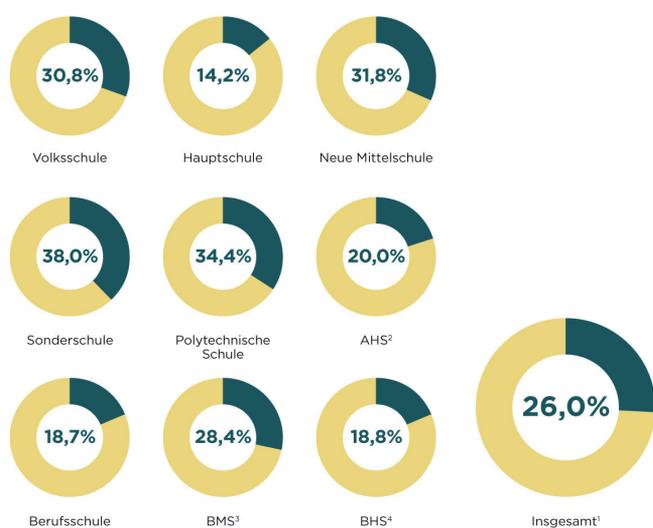
An Österreichs Schulen sprechen im Durchschnitt 25,3 Prozent der SchülerInnen andere Erstsprachen als Deutsch, wobei in Wien mit 51,2 Prozent die meisten SchülerInnen mit nicht-deutscher Erstsprache zur Schule gehen (vgl. ÖIF 2018). Viele dieser Kinder und Jugendlichen sind



jedoch in Österreich geboren und aufgewachsen und sprechen sowohl ihre Erstsprache(n) als auch Deutsch, wenn auch auf unterschiedlichen Niveaus. Tatsache ist, dass in vielen Familien keine ökonomische Sicherheit gegeben ist. Viele Eltern und Erziehungsberechtigte haben ihre Schulzeit nicht in Österreich absolviert bzw. haben selbst nur geringe Erfahrungen mit dem österreichischen Schulsystem und kennen daher die österreichische „Schulkultur“ nicht gut. Das eher stark differenzierte österreichische Schulsystem ist ihnen nicht vertraut, weshalb sie ihre Kinder etwa bei der Wahl von weiterführenden Schulen nach der Volksschule nur bedingt unterstützen können. Trotzdem ist das österreichische Schulsystem im Unterschied zu anderen Ländern so aufgebaut, dass ein Großteil der Verantwortung für die Kinder an die Eltern/Erziehungsberechtigten delegiert wird. So wird beispielsweise die Unterstützung von Eltern/Erziehungsberechtigten bei der Vorbereitung auf Tests oder bei den Hausübungen als selbstverständlich angesehen.

Die Weichen der Bildungskarrieren von Kindern werden schon sehr früh gestellt: Einerseits entscheidet sich im letzten Kindergartenjahr, ob Kinder eine Vorschule besuchen werden, in die Volksschule aufsteigen können oder einer Sonderschule zugewiesen werden. Besonders brisant ist aber nach dem Volksschulbesuch die Entscheidung zwischen der Mittelschule (MS) oder der AHS-Unterstufe, da diese Entscheidung auf die daran anschließende Wahl des Schultyps einen enormen Einfluss hat (Mayrhofer et al. 2019: S. 128). In Wien treten beispielsweise 73 Prozent der VolksschülerInnen mit deutscher Umgangssprache in eine AHS-Unterstufe ein, wohingegen dies nur für 41 Prozent der SchülerInnen mit einer anderen Umgangssprache als Deutsch zutrifft (ebd.: S. 142). Österreichweit ist der Anteil von SchülerInnen mit nicht-deutscher Umgangssprache im Pflichtschulbereich am höchsten: Während in der AHS 20 Prozent und in der BHS 18,8 Prozent der SchülerInnen andere Umgangssprachen als Deutsch haben, sind es 38 Prozent der SchülerInnen an Sonderschulen, 34,4 Prozent der SchülerInnen an Polytechnischen Schulen sowie 31,8 Prozent der SchülerInnen an (Neuen) Mittelschulen (ÖIF 2019, S. 15; siehe Abbildung 2).

Schüler/innen mit nichtdeutscher Umgangssprache 2017/2018
nach Schultyp



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Schulstatistik 2017/2018
 1) Inkl. Schulen mit ausländischem Lehrplan, ohne Schulen und Akademien im Gesundheitswesen
 2) Allgemeinbildende Höhere Schulen
 3) Berufsbildende Mittlere Schulen
 4) Berufsbildende Höhere Schulen

Abbildung 2: SchülerInnen mit nichtdeutscher Umgangssprache 2017/2018 nach Schultyp (ÖIF 2019, S. 15)

SchülerInnen mit Deutsch als Zweitsprache sind in allgemeinbildenden Schulen statistisch gesehen unterrepräsentiert (Statistik Austria 2020, S. 45). Zudem hat der Bildungshintergrund der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten einen entscheidenden Einfluss auf den Bildungsweg ihrer Kinder (ebd.: S. 144).

3. Erwachsenenbildung

Die Erwachsenenbildung in Österreich kann in vier Säulen unterteilt werden: die allgemeine Erwachsenenbildung (beispielsweise Volkshochschulen), die berufliche bzw. Interessenvertretungen zuordenbare Erwachsenenbildung (beispielsweise BFI, WIFI), die konfessionelle Erwachsenenbildung (beispielsweise Katholisches Bildungswerk) sowie der private Sektor. Eine wichtige Rolle in der österreichischen Erwachsenenbildung spielen das Arbeitsmarktservice (AMS) und seit ca. 15 Jahren der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF).

Die Angebote der allgemeinen und der beruflichen Erwachsenenbildung beinhalten seit langer Zeit DaZ-Kurse, die auf eine kontinuierliche Entwicklungsarbeit und eine umfassende Expertise zurückblicken können. Ein wesentliches Element dieser Kurse, die stets gut besucht waren, war das Prinzip der Freiwilligkeit. Seit Inkrafttreten der sogenannten „Integrationsvereinbarung“ sehen sich Lernende und Institutionen mit der Verpflichtung zum Deutschlernen konfrontiert, was nicht unerhebliche – negative – Auswirkungen auf die Motivation der Lernenden in den Kursen hat.

Das „Österreichische Sprachdiplom“ ist ein seit 20 Jahren international anerkanntes Sprachzertifikat, welches in Österreich jedoch seit 2017 nicht mehr akzeptiert wird. Die Erwachsenenbildung sieht sich mit einer Monopolisierung des DaZ-Kursbetriebes konfrontiert, vor allem seit der Ankündigung vom Frühjahr 2020, dass alle Kursmaßnahmen und Prüfungen zentral vom ÖIF durchgeführt werden sollen.

| Maßnahmen

1. Stärkung der PädagogInnen

Fast ein Viertel der österreichischen Bevölkerung hat Migrationshintergrund (vgl.: Statistik Austria 2020) und die damit einhergehende sprachliche und kulturelle Diversität spiegelt sich auch im Elementarbereich sowie in den Schulen wider. Sie ist nicht nur im (schulischen) Bildungsalltag der PädagogInnen, sondern auch der Kinder, SchülerInnen und Eltern/Erziehungsberechtigten ein wichtiger Aspekt. Dennoch ist das österreichische Bildungssystem nicht auf die Berücksichtigung unterschiedlicher Bedürfnisse, die diese Diversität mit sich bringt, ausgerichtet. PädagogInnen verfügen häufig nicht über die notwendigen Ressourcen und Kenntnisse, um adäquat handeln zu können. Selbst die oft vorhandene (sprachliche) Diversität der im Bildungswesen Tätigen wird häufig nicht als Ressource anerkannt oder genutzt (vgl.: Blaschitz/Weichselbaum, i.E.). Das Zulassen und Fördern von mehrsprachigem Agieren sowohl der Kinder als auch des (pädagogischen) Personals wäre hoch an der Zeit. Auch die Bildungspartnerschaft mit den Eltern/Erziehungsberechtigten würde davon stark profitieren.

Für PädagogInnen kann es schwierig sein, wenn sie sich in ihrem als selbstverständlich geltenden Handeln nicht verstanden fühlen oder Jugendliche bzw. Kinder häufig in anderen Sprachen als Deutsch sprechen. Deshalb braucht es dringend Wege, PädagogInnen dahingehend zu stärken, Diversität und Mehrsprachigkeit in den Unterricht sowie in die pädagogische Arbeit einzubinden, zuzulassen und ihr eigenes professionelles Handeln damit zu bereichern. Um dieses Ziel zu erreichen, gilt es als Erstes, angehende und im Beruf stehende LehrerInnen und ElementarpädagogInnen entsprechend aus- bzw. weiterzubilden, um sie auch professionell an diese Herausforderung heranzuführen. Häufig hört man Klagen von Lehrkräften, deren Tenor ist, dass sie zu viele soziale bzw. sozialpädagogische Aufgaben hätten, die sie mitunter von ihrer Kernaufgabe, der Vermittlung fachlicher bzw. sprachlicher Inhalte an die Kinder und Jugendlichen, abhielten. Dies gilt auch für ElementarpädagogInnen, die bei sozialen Konflikten und Problemen nicht ausreichend von qualifiziertem (z.B. SonderkindergartenpädagogInnen) bzw. mehrsprachigem Personal unterstützt werden. Neben der Rekrutierung von vermehrt mehrsprachigem Personal (z.B. auch Sozial- und SonderkindergartenpädagogInnen) für den Bildungsbereich ist die Aufwertung von erstsprachlichen Lehrpersonen ein wichtiges Desiderat.

Aber nicht nur den pädagogischen Fachkräften wäre durch (vermehrte) professionelle, mehrsprachige Unterstützung geholfen. Auch jene Kinder und Jugendlichen, die nicht aktiv bzw. direkt, aber durchaus indirekt in geringerem oder größerem Ausmaß von sozialen Konflikten betroffen sind, würden in erheblichem Maße von professioneller, mehrsprachiger Sozialpädagogik und psychologischer Beratung/Begleitung profitieren. Für PädagogInnen bedarf es einer intensiven Aufklärung über die verschiedenen Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichen familiären und sozialen Hintergründen, zudem Zeit für Supervision sowie psychologischer Betreuung und Beratung. Dies würde sie dahingehend stärken, dass sie selbstreflexiv und eigenaktiv an Momenten der Unsicherheit arbeiten können, um heterogene Bildungssituationen einerseits besser zu verstehen und sie andererseits für das eigene pädagogische Tun nutzbar zu machen. Dazu braucht es Anleitungen zur Selbstreflexion, die dazu führen, dass pädagogische Fachkräfte auch eigene blinde Flecken in ihrer Arbeit erkennen und bearbeitbar machen. In Bezug auf die mehrsprachige Realität in der Kindergartengruppe bzw. im Klassenzimmer brauchen PädagogInnen ein Verständnis dafür, wie sie „die mitgebrachten sprachlichen Ressourcen

ergänzen, nicht [durch Deutsch, Anm. der Verf.] ersetzen [können]" (Fürstenau/Niedrig 2018: S. 218). Dabei sind nicht nur die Sprachen der Kinder, sondern auch die Sprachen der PädagogInnen angesprochen. Wenn Lehrkräften und ElementarpädagogInnen ein Handwerkszeug zur Verfügung gestellt wird, mit dem sie Familien- und Erstsprachen von Kindern und Jugendlichen für den Lernfortschritt nutzbar machen können, fördert das nicht nur die Beziehungsebene zwischen PädagogInnen und SchülerInnen bzw. Kindern, sondern auch den Lernerfolg der Lernenden. Dazu ist ein Austausch im (mehrsprachigen) Team bzw. eine intensive Zusammenarbeit miteinander (fächer-, klassen- und gruppenübergreifend) notwendig. Um die Beziehungsarbeit mit Eltern und Erziehungsberechtigten qualitativ hochwertig gestalten zu können, bedarf es einer Servicestelle von DolmetscherInnen, deren Dienste zu flexiblen Zeiten und relativ spontan in Anspruch genommen werden können (siehe Abschnitt 4. „Stärkung der Eltern und Erziehungsberechtigten“).

Zusätzlich zu den bereits genannten Maßnahmen ist die pädagogische Ausbildung mit dem Schwerpunkt „Zusammenarbeit mit Eltern und Erziehungsberechtigten“ von enormer Wichtigkeit. Die Planung von gemeinsamen Aktivitäten und niederschweligen Angeboten in der Schule oder im Kindergarten sowie die Bereitstellung informeller Kanäle zur Kontaktaufnahme sind wichtige Bestandteile der Arbeit mit Eltern und Erziehungsberechtigten. Auf diese sollten angehende pädagogische Fachkräfte in ihrer Ausbildung vorbereitet werden.

Maßnahmen:

- Pädagogische Hochschulen und Bildungsanstalten für Elementarpädagogik nehmen Diversitätskompetenz, sprachsensiblen und fächerübergreifenden Unterricht und den Einbezug von Mehrsprachigkeit sowie kulturreflexive pädagogische Strategien als verpflichtenden Teil der Ausbildung in ihre Curricula auf
- Entwicklung und Zurverfügungstellung unterstützender Materialien in Hinsicht auf Diversität und Mehrsprachigkeit sowie Zeit für Austausch
- Förderung der transkulturellen Kompetenzen der PädagogInnen und aller AkteurInnen, die Kinder in ihrem Kindergarten- und Schulalltag begleiten
- Ausbildung und verstärkter Einsatz von mehrsprachigem Personal im Bildungsbereich und eine Forcierung von (mehrsprachigem) Teamteaching in Form von fächer- und klassenübergreifender Zusammenarbeit
- Aufwertung und professioneller Einsatz von erstsprachlichen bzw. mehrsprachigen Lehrkräften und KindergartenpädagogInnen
- Professionelle Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für Lehrkräfte und KindergartenpädagogInnen; Transkulturelle Supervision und Interventionsangebote in der Arbeitszeit für alle im Bildungswesen Tätige (etwa auch für AssistentInnen im Kindergarten)
- Forcierung der Zusammenarbeit mit PsychagogInnen bzw. Kinder- und JugendpsychotherapeutInnen



- Lehrveranstaltungen bzw. Schwerpunkte in der LehrerInnenausbildung und der Ausbildung von ElementarpädagogInnen zum Thema „Arbeit mit Eltern und Erziehungsberechtigten“
- Möglichkeiten zur themenspezifischen Fortbildung für aktive Lehrkräfte und ElementarpädagogInnen

ZIELGRUPPE: BMBWF, Vereine und NGOs mit Schwerpunkt Migration und Bildung, Universitäten, PH, Bildungsdirektionen, Schulstandorte, KindergartenerhalterInnen, Elternvereine, ElternvertreterInnen

2. Stärkung der SchülerInnen und Kinder

Die Bildungskarrieren von SchülerInnen und Kindern sind nach wie vor von der jeweiligen familiären Situation geprägt (Bildungshintergrund der Eltern, sozioökonomischer Status). Mehrsprachigkeit bzw. Zuwanderung spielen hinsichtlich des Bildungserfolgs nach wie vor eine negative Rolle, da das österreichische Bildungssystem monolingual und -kulturell ausgerichtet ist und die meisten der darin handelnden AkteurInnen dementsprechend handeln.

Für alle SchülerInnen und Kinder, aber besonders für vulnerable Gruppen, bedarf es deshalb einer Aufstockung der Ressourcen an Schulen, die diesen besonderen Herausforderungen entsprechen. Als besonders relevant und sinnvoll erachten wir ein ganztägiges Schulangebot (vgl. auch ExpertInnenrat für Integration 2020), wodurch der Schwerpunkt der Lernaufgaben in der Schule bleiben und die notwendige Unterstützungsleistung der Eltern/Erziehungsberechtigten an Gewicht verlieren würde. Anzudenken wäre in diesem Fall auch eine flächendeckende, österreichweite Nachmittagslernbetreuung, wie sie bereits im Modell der Förderung 2.0 in Wien angeboten wird. Ferner sind außerschulisch angebotene Maßnahmen in den regulären Schulbetrieb zu integrieren (z.B. die Roma Lernhilfe der VHS).

An Schulstandorten und in Kindergärten werden zudem mehrsprachige PädagogInnen benötigt, da, wie bereits in Abschnitt 1 „Stärkung der PädagogInnen“ erwähnt, das Vorhandensein von mehrsprachigen Ansprechpersonen für mehrsprachige Kinder und Jugendliche von großer Bedeutung wäre. Generell ist eine Aufstockung des (Lehr-)Personals vonnöten, um mit mehr als nur einer Lehrperson im Klassenzimmer oder einer/m gruppenleitenden PädagogIn im Kindergarten den individuellen Bedürfnissen der Kinder und SchülerInnen gerecht zu werden. Auch klassenübergreifende Projekte, die das Zusammenkommen und gemeinsame Lernen mit SchülerInnen derselben, aber auch anderer Erstsprachen ermöglichen, wären sinnvoll.

SchülerInnen und Kindern sollte es freistehen, verschiedene Sprachen im Lernprozess zu verwenden und alle sprachlichen Ressourcen für die Erarbeitung von Bildungsinhalten einzusetzen. Aus linguistischer Sicht ist zudem die Förderung des gesamten sprachlichen Repertoires eines Kindes bzw. einer/eines Jugendlichen wichtig. Dazu ist die Erhaltung und Stärkung des sogenannten Muttersprachenunterrichts , der im Zuge des regulären Stundenplans und in einem höheren Stundenausmaß angeboten werden soll, notwendig. Kinder und Jugendliche sollten ein Recht auf die

korrekte Artikulation und Schreibweise ihrer Namen haben. Dieses Recht sollte ihnen vom ersten Tag an in Bildungseinrichtungen zugesprochen und klargemacht werden.

Zusätzlich ist von Schulen und Kindergärten darauf zu achten, dass eine qualitätsvolle Beziehung zu den Eltern bzw. Erziehungsberechtigten aufgebaut und gepflegt wird, da dies auch gleichzeitig die Kinder und SchülerInnen in ihrer Entwicklung und ihrem Bildungsweg unterstützt (siehe dazu die Vorschläge zu qualitätsvoller Elternarbeit und Kommunikation in Abschnitt 4. „Stärkung der Eltern und Erziehungsberechtigten“).

Für SchülerInnen sollte es an allen Schulstandorten (mehrsprachige) Ansprechpersonen für Probleme oder Fragen geben. Auch der Einsatz von DolmetscherInnen ist anzudenken. Weiteres wichtiges mehrsprachiges Personal, das den Bildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden sollte, umfasst SozialarbeiterInnen, PsychagogInnen, BeratungslehrerInnen und (Schul-)ÄrztInnen. Zudem sollte es ein freiwilliges, kostenloses Coaching-Angebot und eine sozialpädagogische Betreuung für SchülerInnen und Kinder mit prekären Lebensumständen geben.

Maßnahmen:

- Ganztägiges Schulangebot, flächendeckende Lernbetreuung am Nachmittag und Integration der außerschulischen Lernmaßnahmen in den regulären Schulbetrieb
- Aufstockung des (mehrsprachigen) Lehrpersonals und von (mehrsprachigen) KindergartenpädagogInnen
- Klassen- und schulübergreifende Projekte, um die Zusammenkunft und Zusammenarbeit von SchülerInnen mit verschiedenen Sprachen zu ermöglichen
- Mehrsprachiges Handeln von SchülerInnen und Kindern zulassen, Aufbau von mehrsprachigen Kompetenzen im Regelunterricht sowie im sogenannten Muttersprachenunterricht, der in den Schulalltag der Kinder integriert ist
- Korrektes Aussprechen und Schreiben von Namen und Wissen darüber aufbauen, dass dies eingefordert werden darf
- (Mehrsprachige) Ansprechpersonen für SchülerInnen an Schulstandorten (PsychagogInnen, SozialpädagogInnen, BeratungslehrerInnen, Coaches, (Schul-)ÄrztInnen)

ZIELGRUPPE: BMBWF, KindergartenerhalterInnen, Schulstandorte, PädagogInnen

3. Stärkung der Schulen und der elementaren Bildungseinrichtungen

Die Schule sowie der Kindergarten stehen vor der Herausforderung, eine große Heterogenität von SchülerInnen und Kindern (und Eltern bzw. Erziehungsberechtigten) zu adressieren. Sie sind aber auch jene Orte, an denen diese Heterogenität konstruktiv bearbeitet werden kann (vgl. El-Mafaalani 2020). El-Mafaalani (ebd.: S. 210ff) beschreibt vier Ziele für die Schule, denen sich die ExpertInnengruppe anschließen möchte:

1. Die Beseitigung von Ungerechtigkeiten in Hinblick auf soziale Herkunft und Bildungserfolg muss in Angriff genommen werden
2. Die LehrerInnen müssen entlastet werden
3. Von den Eltern und Erziehungsberechtigten soll nicht zu viel erwartet werden. Die Erwartungen an die Eltern und Erziehungsberechtigten sollten konkret sein, transparent gemacht und begründet werden sowie in den jeweiligen Sprachen zur Verfügung stehen
4. Das Bildungssystem würde von mehr Übersichtlichkeit in seinen Strukturen, von mehr Klarheit in den Erwartungen (an Kinder, Eltern und Erziehungsberechtigte und LehrerInnen) sowie von einer konsistenteren Strategie profitieren

Schulen und Kindergärten sind Orte, an denen eine Form von Bildungsgerechtigkeit angestrebt werden könnte, die in der Gesellschaft nicht vorhanden ist. Jedoch ist die Schule selbst ein Ort, an dem etwa durch ihre monolinguale Ausrichtung negative bzw. vorurteilsbelastete Einstellungen von PädagogInnen sowie durch tradierte Werte und Traditionen nicht alle Kinder dieselben Chancen bekommen. Auch unterschiedliche Startchancen werden nicht berücksichtigt (ebd.: S. 14).

Bildungsgerechtigkeit bedeutet demnach nicht, allen SchülerInnen dieselben Chancen zu geben, sondern diejenigen, die einen schwereren Start in der Schule haben, besonders zu fördern. Dies muss unseres Erachtens nach aber inklusiv geschehen, die SchülerInnen sollen also innerhalb des Klassenverbandes gefördert werden. Die sogenannten Deutschförderklassen weisen in die falsche Richtung, da sie eine Segregation der SchülerInnen innerhalb der Schule bedeuten und im schlechtesten Fall für besonders benachteiligte SchülerInnen auch einen regulären Schulabschluss verunmöglichen, falls diese über einen längeren Zeitraum hinweg nicht als „ordentliche SchülerInnen“ am Unterricht teilnehmen können. Durch das Nicht-Anerkennen von sprachlichen Ressourcen und den damit einhergehenden Assimilierungsdruck, sich die deutsche Schul- und Bildungssprache anzueignen, um im österreichischen Bildungssystem bestehen zu können, werden Bildungseinrichtungen zu Orten, an denen die sprachliche Vielfalt untergraben wird. Dadurch gehen die Motivation und das Gefühl des „Dazugehörens“ verloren. Die schulische Struktur sollte deshalb nicht durch separierende Maßnahmen und getrennte Lerngruppen, sondern durch gemeinsames Lernen und Zusammenarbeiten gekennzeichnet sein.

An Schulen und Kindergärten sollten pädagogische Konzepte konkret eingefordert und umgesetzt werden. El-Mafaalani (2020) beschreibt die idealtypische Funktion der Schulen und Kindergärten folgendermaßen: „Kittas und Schulen müssen zu Orten werden, in denen Kinder alles erleben und lernen können, was diese Welt zu bieten hat“ (El-Mafaalani 2020: S. 16). Diese ideale Vorstellung benötigt jedoch genügend Ressourcen und Freiräume. Um Schulen zu Orten der Bildungsgerechtigkeit werden zu lassen, an denen soziale Unterschiede aktiv ausgeglichen werden, benötigen wir ausgebildete PädagogInnen, die auf die Situation der ungleichen Ausgangschancen,

der Diversität und vor allem der vorhandenen Mehrsprachigkeit vorbereitet sind. Sprachsensibler und fächerübergreifender Unterricht sollte von DirektorInnen sowie Lehrkräften forciert und eingefordert werden. Zudem werden mehr Zeit, offene Bildungssettings und mehrsprachige PädagogInnen sowie SozialpädagogInnen und FreizeitpädagogInnen benötigt.

Schulen und Kindergärten müssen den PädagogInnen Räume zur (Selbst-)Reflexion bieten (können). Dahingehend sollten auch Ressourcen für verschiedene Formen der Zusammenarbeit zwischen Schulen und/oder Kindergärten (z.B. Grätzlarbeit) bzw. innerhalb von Bildungsstätten (z.B. Lehrpersonal verschiedener Unterrichtsfächer, Lehrkräfte für den sogenannten Muttersprachenunterricht etc.) bereitgestellt werden. Auch die Zusammenarbeit mit Kulturvereinen, Bibliotheken und Eltern/Erziehungsberechtigten sollte ein anzustrebendes Ziel von Schulen und Kindergärten sein. Zudem sollten Lehrkräfte und ElementarpädagogInnen dabei unterstützt werden, neue – auch mehrsprachige – Konzepte (gemeinsam) auszuprobieren, zu adaptieren und gegebenenfalls sogar im Austausch mit anderen Fachkräften, ExpertInnen oder WissenschaftlerInnen zu entwickeln. In der konzeptionellen Ausarbeitung ist die Beteiligung von SchülerInnen, Kindern und Eltern bzw. Erziehungsberechtigten anzustreben. Schulen und Kindergärten sollten dafür aber einen organisatorischen Rahmen liefern.

Für all diese Maßnahmen müssen die Schulen mit ausreichend personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden, wobei die finanziellen Ressourcen zum Teil bedarfsorientiert und individuell am Standort einsetzbar sein müssen.

Maßnahmen:

- Bereitstellen übersichtlicher Strukturen und klar formulierter Erwartungen für Eltern bzw. Erziehungsberechtigte
- Inklusive Fördermöglichkeiten und offene Bildungssettings anstelle von separierenden Maßnahmen
- Konkrete und kontinuierliche Einforderung von pädagogischen Konzepten; Gestaltungsfreiraum für pädagogische Fachkräfte, neue Konzepte auszuprobieren und gemeinsam (auch mit anderen AkteurInnen des Bildungssystems) zu entwickeln
- Einsatz von mehrsprachigen PädagogInnen sowie Sozial- und FreizeitpädagogInnen
- Förderung von Kooperationen mit anderen Schulstandorten, Vereinen, Kindergärten etc.
- Begleitung und Supervision von Pilotprojekten, die Diversität und transkulturelle Kompetenzen sowie die Erstellung pädagogischer Konzepte fördern. Ergebnisse werden als entsprechende und überarbeitete Angebote im Schulalltag und im Elementarbereich übernommen

ZIELGRUPPE: BMBWF, Bildungsdirektionen, SchuldirektorInnen, Schulstandorte, KindergartenerhalterInnen

4. Stärkung der Eltern und Erziehungsberechtigten

Ein häufiges Problem, das sowohl im Schul- als auch im Elementarbereich auftritt, ist die nicht optimal verlaufende Kommunikation zwischen dem pädagogischen Personal und den Eltern/Erziehungsberechtigten. Eine gelingende Kommunikation scheidert dabei häufig an sprachlichen Schwierigkeiten, wenn etwa Eltern/Erziehungsberechtigte nicht ausreichend gut Deutsch können, um notwendige Informationen mit dem pädagogischen Personal auszutauschen. Die Kommunikation scheidert aber auch daran, dass womöglich weder Eltern und Erziehungsberechtigte noch Lehrkräfte eine gemeinsame (Fremd-)Sprache finden, in der der Informationsaustausch stattfinden könnte (etwa Englisch). Beeinflusst wird die Kommunikation auch von gewissen Vorurteilen sowohl der PädagogInnen gegenüber den Eltern und Erziehungsberechtigten („Die können ja kein Deutsch“), aber womöglich auch der Eltern und Erziehungsberechtigten gegenüber den pädagogischen Fachkräften („Die mischen sich in unsere Erziehung/Lebensweise ein“). Wichtig ist in diesem Zusammenhang – entgegen der häufig ausgesprochenen Empfehlung von PädagogInnen, zu Hause Deutsch zu sprechen (beispielsweise Thomauske 2017: S. 312) – die Bestärkung der Eltern, ihre (Erst-)Sprachen den Kindern weiterzugeben bzw. diese im familiären Umfeld zu verwenden.

Zur Verbesserung des Austauschs zwischen Fachpersonal und Eltern/Erziehungsberechtigten wäre die Bestellung von zertifizierten ÜbersetzerInnen/DolmetscherInnen notwendig. Wenngleich diese in sogenannten Tür- und Angelgesprächen freilich nur schwer zur Verfügung stünden, wäre es ein Leichtes, sie zu vereinbarten Gesprächen mit Erziehungsberechtigten bzw. zu Abenden und sogar gemeinsamen Aktivitäten mit diesen einzuladen. Natürlich wäre auch anzudenken, dass die Eltern/Erziehungsberechtigten selbst professionelle DolmetscherInnen organisieren und mit diesen gemeinsam Termine in den Bildungseinrichtungen wahrnehmen, wobei auf die Kontaktstellen der Bildungseinrichtungen hingewiesen werden soll und die Kosten von den zuständigen Behörden bzw. Organisationen gedeckt werden müssen.

Ein Gespräch mit den Erziehungsberechtigten, in dem die Kommunikationsverhältnisse gleichwertig verteilt sind, weist eine völlig andere Qualität auf als ein Gespräch, in dem ein Teil der Anwesenden ungleich schlechtere (Kommunikations-)Bedingungen hat. Die Zurverfügungstellung von professionellen und externen DolmetscherInnen würde sich maßgeblich positiv auf die Kommunikationsmöglichkeiten und -bedingungen sowie in weiterer Folge auf den Erfolg der Bildungspartnerschaft auswirken.

Viele Komplikationen und schwierige (soziale) Situationen, die im Schul- sowie Elementarbereich auftreten, ließen sich mit professioneller Unterstützung in Form von SozialpädagogInnen und PsychologInnen (leichter) lösen. Das österreichische Bildungssystem sieht den Einsatz von SozialpädagogInnen und PsychologInnen aber bedauerlicherweise nicht flächendeckend und permanent vor. Auch BeratungslehrerInnen sind nicht an allen Schulen vor Ort, sondern müssen/können – wenn notwendig – angefordert werden. Dabei würde die kontinuierliche Präsenz professioneller, mehrsprachiger SozialpädagogInnen, PsychologInnen bzw. BeratungslehrerInnen maßgeblich zu einer Entlastung aller am Bildungssystem Beteiligten beitragen, so auch der Eltern/Erziehungsberechtigten. Auch sie sollten die Möglichkeit haben, sich mit den SozialpädagogInnen, PsychologInnen oder Beratungslehrkräften in Verbindung zu setzen und diese um Unterstützung zu bitten. Das setzt freilich voraus, dass die Eltern/Erziehungsberechtigten über die beschriebenen Maßnahmen Bescheid wissen.

Die in den verschiedenen Bereichen des Bildungssystems tätigen SozialpädagogInnen und PsychologInnen hätten sowohl die Aufgabe, soziale Konflikte zu begleiten, könnten aber durch den Umstand, dass sie selbst mehrsprachig sind, auch sprachlich, im Sinne von Übersetzungen und Dolmetschungen, „eingreifen“ bzw. präventiv Hilfe leisten. Dies wiederum könnte vor allem auch in der Zusammenarbeit und im Austausch mit Erziehungsberechtigten unterstützen, da soziale Konflikte die gesamte Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen betreffen. Durch den Einsatz von mehrsprachigen BeratungslehrerInnen bzw. SozialpädagogInnen und PsychologInnen könnten einberufene HelferInnenkonferenzen (an denen verschiedene AkteurInnen der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen teilnehmen) erfolgreich(er) umgesetzt werden.

Immer wieder wird festgestellt, dass ein erfolgreiches Absolvieren des österreichischen Bildungssystems maßgeblich davon abhängt, ob man über die diversen Möglichkeiten des verzweigten und vielfältigen österreichischen Systems sowie die unterschiedlichen Schulformen informiert ist. Bekannt ist auch, dass diese Informationen Menschen, die sich noch im Aneignungsprozess der deutschen Sprache befinden oder die Schule selbst nicht in Österreich besucht haben, häufig nicht zur Verfügung stehen. Daher wäre es ratsam, die so wesentlichen Informationen betreffend das österreichische Bildungssystem auch mehrsprachig zur Verfügung zu stellen. Ansprechstellen und -personen für Menschen, die sich über das österreichische Bildungssystem erkundigen wollen, sind neben KindergartenerhalterInnen Elternvereine bzw. ElternvertreterInnen, Bildungsdirektionen, SchülerInnenberaterInnen, AusbildungsberaterInnen sowie Schulen und Kindergärten selbst. Stehen nämlich die Informationen über die vielfältigen Möglichkeiten der elementaren, primären, sekundären und tertiären Bildung nur einem bestimmten Kreis an Personen – nämlich den deutschsprachigen – zur Verfügung, werden viele andere Personen, die des Deutschen für diese Notwendigkeit nicht mächtig genug sind oder sich nicht ausreichend kompetent und sicher fühlen, von Informationen ausgeschlossen. Die Folge ist jene, die wir seit Jahren im österreichischen Bildungssystem beobachten können und die auch regelmäßig beklagt wird: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund bzw. mit Deutsch als Zweitsprache besuchen überproportional häufig bestimmte Schultypen, sind aber in bestimmten anderen deutlich unterrepräsentiert (vgl. Statistik Austria 2020). Natürlich kann dieser Umstand auch auf andere Gründe zurückgeführt werden (etwa geringe(re) Deutschkenntnisse der betroffenen Kinder und Jugendlichen), aber mangelnde Informationen bezüglich der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten sind mit Sicherheit ebenfalls als Grund für den beschriebenen Umstand zu berücksichtigen.

Das Einholen dieser – im Idealfall – mehrsprachigen Informationen ist aber keine „Holschuld“, sondern es handelt sich dabei um eine „Bringschuld“ des österreichischen (Aus-)Bildungssystems. Das bedeutet, dass Eltern/Erziehungsberechtigte – egal, mit welcher Erst- und Zweitsprache – proaktiv über die diversen Möglichkeiten zu informieren sind. Dies betrifft auch Informationen zur bereits angebotenen SchülerInnenberatung, die dringend in verschiedenen Sprachen und sehr früh auch für Erziehungsberechtigte anzubieten ist. In verstärkter Form sollten auch Elternvereine bzw. ElternvertreterInnen darüber informieren.

Wünschenswert wäre auch die Etablierung einer evidenzbasierten, empirisch-geleiteten und hypothesengenerierenden Beforschung der Interaktion zwischen Schule/Kindergarten und Erziehungsberechtigten, ohne dabei stereotype, defizitorientierte und paternalistische Narrative zu reproduzieren. Im Rahmen dessen werden Eltern und Erziehungsberechtigte als stark heterogene Gruppe präsupponiert, die sich hinsichtlich des sozioökonomischen Status, ethnischer Zugehörigkeiten, des Geschlechts, der Religion, des Alters, der Familienformen, der Vertrautheit mit dem staatlichen

Bildungssystem und generell sehr unterschiedlicher Ressourcen unterscheiden. Ebenso soll berücksichtigt werden, dass Eltern und Erziehungsberechtigte auch unterschiedliche Interessen und Wünsche, aber auch Positionen gegenüber dem Bildungssystem haben dürfen und die Freiheit haben sollten, diese zur Sprache zu bringen und zu verfolgen. Ziel dieser Forschung sollte es sein, Maßnahmen und Strategien zu entwickeln, um alle Eltern und Erziehungsberechtigten zu erreichen, sie zu informieren und ihnen gegebenenfalls einen Rahmen zu bieten, sich einzubringen. Ebenso sollten Ansätze weiterentwickelt werden, die den Schulerfolg von SchülerInnen von Elternpartizipation bzw. der Partizipation von Erziehungsberechtigten entkoppelt fördern.

Maßnahmen:

- Professionalisierungsangebote für Lehrkräfte und ElementarpädagogInnen, um eine kompetente Beziehungsarbeit zu ermöglichen
- Konzeptentwicklung einer reflektierten, transkulturellen Kompetenz der Zusammenarbeit im Kontext von Differenz und Vielfalt – mit dem Ziel, alle AkteurInnen mit dem nötigen Handlungswissen auszustatten
- Zurverfügungstellung und Kostenübernahme von ausgebildeten und zertifizierten DolmetscherInnen/ÜbersetzerInnen für Gespräche mit Erziehungsberechtigten und ebenso für diverse Aktivitäten mit/für Erziehungsberechtigte(n)
- Intensivierung des Einsatzes von (mehrsprachigen) SozialpädagogInnen und PsychologInnen an Bildungsinstitutionen sowie Stärkung von (mehrsprachigen) BeratungslehrerInnen sowie SchülerInnen- und AusbildungsberaterInnen
- Zurverfügungstellung mehrsprachiger Informationen zum (Aus-)Bildungssystem in Österreich und proaktives Informieren von Erziehungsberechtigten
- Erhebung von Wünschen von Eltern/Erziehungsberechtigten zur Dokumentation ihrer Bildungsvorstellungen und ihres Bildungshandelns
- Erforschung von Zugangs- und Kontaktbarrieren von Erziehungsberechtigten sowie Formulierung von passenden Maßnahmen zur Verringerung dieser

ZIELGRUPPEN: Bildungsdirektionen, Schulstandorte, KindergartenerhalterInnen, Elternvereine, ElternvertreterInnen, Universitäten, PH, BMBWF

5. Stärkung der Erwachsenenbildung

Das Deutschlernen muss wieder eine freiwillige Angelegenheit werden. Es bedarf einer breiten Palette an Prüfungsmöglichkeiten und vor allem eines breiten Lernangebots. Dieses darf sich nicht nur auf

staatlich verordnete und staatlich abgeprüfte Kompetenzen beziehen, welche sich unserer Ansicht nach an Kompetenzen im Sinne von „Prüfungen bestehen können“ orientieren. Die Angebote müssen stärker an der Lebensrealität der Lernenden orientiert sein, Lern- und Unterrichtstraditionen der vergangenen 20 Jahre sollen kreativ und produktiv fortgesetzt werden. Zudem erachten wir es nicht als sinnvoll, Prüfungsergebnisse an finanzielle Unterstützung zu koppeln, da dadurch das Lernen der deutschen Sprache zu einer psychischen wie emotionalen Belastung werden kann. Ganz besonders wichtig ist weiters, dass die Angelegenheiten der Bildung von MigrantInnen sowie NichtmigrantInnen im Bildungsbereich und nicht im Innenministerium ressortieren.

Maßnahmen:

- Zurücknehmen der Verpflichtung zum Deutschlernen
- Zurverfügungstellung unterschiedlicher Prüfungsformate und -möglichkeiten sowie eines breiten Angebots an Unterrichtsformen
- Entkoppelung von Deutschprüfungsergebnissen und finanzieller Unterstützung
- Ressortierung von Bildungsmöglichkeiten von MigrantInnen im Bildungs- und nicht im Innenministerium

**ZIELGRUPPEN: BMI, ÖIF, Verbände der Erwachsenenbildung (z.B.: KEBÖ),
Erwachsenenbildungseinrichtungen**

| Quellenangaben

Blaschitz, V./ Weichselbaum, M. (i.E.): Mehrsprachige und kulturelle Sprachbildung im Kindergarten. Erscheint in: Rückl, Michaela; Kainhofer, Judith (Hrsg.): Sprache(n) in pädagogischen Settings. Reihe Sprache im Kontext. Berlin: de Gruyter.

Blaschitz, V./ Korecky-Kröll, K./ Dressler, W. U. (2019): MigrantInnen wollen nicht Deutsch lernen. In: Haller, M. (Hrsg.), Migration und Integration – Fakten oder Mythen?. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 245-259.

Dirim, İ./ Mecheril, P. (2018): Heterogenität, Sprache(n) und Bildung. Eine differenz- und diskriminierungstheoretische Einführung. Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt.

El-Mafaalani, A. (2020): Mythos Bildung. Die ungerechte Gesellschaft, ihr Bildungssystem und seine Zukunft. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Expertenrat für Integration (2020): Integrationsbericht 2020. Wien.

Fürstenau, S./ Gomolla, M. (2009): Migration und schulischer Wandel: Elternbeteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Fürstenau, S.; Niedrig, H. (2018): Unterricht mit neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern. Wie Praktiken der Mehrsprachigkeit für das Lernen genutzt werden können. In: Dewitz, Nora von; Terhart, Henrike; Massumi, Mona (Hrsg.): Neuzuwanderung und Bildung. Eine interdisziplinäre Perspektive auf Übergänge in das deutsche Bildungssystem. Weinheim; Basel: Beltz Juventa (2018) S. 214-230.

Gogolin, I. (2008): Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund im Elementarbereich. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 10, Sonderheft 11, 79-90.

Herzog-Punzenberger, B. (2016): Policy Brief #04: Kindergartenbesuch und Elementarpädagogik. AK Wien.

Mayrhofer, L./ Oberwimmer, K./ Toferer, B./ Neubacher, M./ Freunberger, R./ Vogtenhuber, S./ Baumegger, D. (2019): Prozesse des Schulsystems. In Oberwimmer, K., Vogtenhuber, S., Lassnigg, L., Schreinber, C. (Hrsg.), Nationaler Bildungsbericht Österreich 2018, Band 1. Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren. Graz: Leykam, 128-196.

ÖIF (2020): Wien. Zahlen, Daten und Fakten zu Migration und Integration 2020.

ÖIF (2019): Bundesländer. Zahlen, Daten und Fakten zu Migration und Integration 2019.

ÖIF (2018/Hrsg.): Fact Sheet Migration und Schule. Wien.

Panagiotopoulou, A. (2016): Mehrsprachigkeit in der Kindheit. Perspektiven für die frühpädagogische Praxis. München: Deutsches Jugendinstitut e.V.

Schweiger, S. (2010): Der Kindergarten als Integrationsinstanz? Über die Bedeutung des Kindergartens für Kinder mit Migrationshintergrund. ÖIF Dossier 9. Wien.

Sobczak-Filipczak, E. (2013): Mehrsprachigkeit im Kindergarten. Zur Situation des frühen Sprachenlernens in Kindergärten der Wiener Kinderfreunde unter besonderer Berücksichtigung der MigrantInnensprachen. Dissertation, Universität Wien.

STATISTIK AUSTRIA (2019/20): Kindertagesheimstatistik.

STATISTIK AUSTRIA (2020): Integration und Migration 2020. Wien.

Thomauske, N. (2017): Sprachlos gemacht in Kita und Familie. Ein deutsch-französischer Vergleich von Sprachpolitiken und -praktiken. Wiesbaden: Springer VS.

| Mitglieder



Mag. Dr. Thomas Fritz Fritz, Ph.D. (Koordination) ist Leiter des lernraum.wien – Institut für Mehrsprachigkeit, Integration und Bildung der Wiener Volkshochschulen, Lektor am Institut für Germanistik der Universität Wien, Autor zahlreicher Artikel zum Thema Mehrsprachigkeit, Mitautor des Buches „SUPER, DIVERS UND MEHRSPRACHIG“ und Weiterbildner.



Mag.ª Dr.ª phil. Verena Blaschitz (Koordination) ist Linguistin und Universitätsassistentin am Institut für Germanistik, Fachbereich Deutsch als Zweit- und Fremdsprache, sowie am Zentrum für LehrerInnenbildung der Universität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Deutsch als Zweitsprache, Sprache und Mehrsprachigkeit im Kindergarten, Sprachdiagnostik bei DaZ, Sprachförderung und sprachliche Bildung in Kindergarten und Schule.



Mag.ª Maria Weichselbaum, BA MA (Koordination) ist Senior Scientist am Institut für Germanistik, Fachbereich Deutsch als Fremd- und Zweitsprache, an der Universität Wien. Als Linguistin mit dem Schwerpunkt (mehrsprachige) Sprachaneignung forscht sie zu den Themen kindliche Sprachaneignung in Erst- und Zweitsprache, Sprachförderung, sprachlicher Input und Mehrsprachigkeit im Kindergarten sowie Dialekt-Standard-Kontinuum und Deutsch als Zweitsprache. Darüber hinaus ist sie Vorstandsmitglied des Vereins „Migrationspädagogische Zweitsprachdidaktik“.



Teresa Harmer ist Volksschullehrerin an der STS Mittelgasse im 6. Wiener Gemeindebezirk. Sie ist dort als Klassenlehrerin und Klimaexpertin tätig. Weiters gehören Integration und emotionales Lernen zu ihren Schwerpunkten. Ihr Engagement ist geprägt von dem Leitsatz, die SchülerInnen in ihrer Diversität zu akzeptieren: sie zu verstehen, zu stärken, sozial zu integrieren und es ihnen so zu ermöglichen, positive Lernerfahrungen zu sammeln.



MMag. Mohamed Abdel Keream, M.Sc. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Sigmund Freud PrivatUniversität und forscht und lehrt zum Themenkomplex Mehrsprachigkeit im naturwissenschaftlichen Unterricht. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Bildungsgerechtigkeit in der Migrationsgesellschaft, Macht und Ohnmacht von Sprache im Kontext von Fluchtmigration und Vielfalt aus SchülerInnen- bzw. Elternperspektive. Er promoviert an der Universität Wien, am Institut für Sprachwissenschaft der Universität Wien im Bereich der kognitiven Linguistik.



Dr. in Carola Koblitz ist Linguistin, Kommunikationswissenschaftlerin, Journalistin, Autorin und unabhängige Forscherin in den Bereichen Mehrsprachigkeit, Multikulturalität, Fremdsprachendidaktik, Medienpädagogik, Identität und Sprache, Transkulturalität sowie Geschichte und Kultur Lateinamerikas. Sie verfügt über langjährige journalistische Erfahrung in Medienprojekten der lateinamerikanischen Community, ist Leiterin der spanisch-sprachwissenschaftlichen Redaktion der spanisch-deutschsprachigen Zeitschrift „Sin Límites“, sowie Projektträgerin und Förderin der inhärenten Sprache und des österreichisch-lateinamerikanischen Kulturdialoges.



Dr. in sc. ed. Beatrice Müller, BA MA ist Senior Lecturer im Fachbereich Deutsch als Fremd- und Zweitsprache am Institut für Germanistik der Universität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Sprache und Sprachförderung im Fach, sprachliche Modelle und Sprachförderung im Bildungswesen, wissenschaftspropädeutisches Schreiben sowie diagnosegestütztes Schreiben. Außerdem leitet sie die VWA Werkstatt am Institut für Germanistik der Universität Wien.



Simone Peschek, MA hat Linguistik und Religionswissenschaften studiert und ist 2016 als Quereinsteigerin in den Bildungsbereich gekommen. Sie ist Lehrerin und Klassenvorständin an einer Mittelschule in Wien. Nebenbei betreibt sie mit KollegInnen den Bildungsblog „Schulgischichtn“.



Kati Schneeberger, BEd. unterrichtet an der Mittelschule Singrienergasse Mathematik und Geschichte/Politische Bildung. Sie ist Präsidentin des Vereins VIENNA goes EUROPE, der im Bereich Europabildung und Europabewusstseinsbildung aktiv ist.



Felix Stadler, BSc. hat ursprünglich Volkswirtschaft studiert und ist 2016 als Quereinsteiger Lehrer geworden. Er war bis 2020 Lehrer und Klassenvorstand an einer Mittelschule. Nebenbei hat er mit KollegInnen den Bildungsblog „Schulgschichtn“ gegründet. Seit Herbst 2020 ist er Gemeinderat und Landtagsabgeordneter in Wien sowie Bildungssprecher der Grünen Wien.

Der von den Neuen Österreichischen Organisationen gegründete **ExpertInnenrat „Migration. Integration. Teilhabe“** ist ein unabhängiges Netzwerk von ExpertInnen aus Wissenschaft und Wirtschaft, NGOs und Interessenverbänden in Österreich. Der ExpertInnenrat wurde im Rahmen des „Österreichischen Integrationsgipfels 2019“ in der Wiener Hofburg öffentlich vorgestellt. Unterteilt in vier Arbeitsgruppen, legen die 35 ExpertInnen im Jahr 2021 ihr Hauptaugenmerk auf die Themen „Arbeit“, „Bildung“, „Gesundheit“ und „Teilhabe“.

Mehr Informationen: www.neueorganisationen.at



Kontakt

**Neue Österreichische
Organisationen**

ExpertInnenrat M.I.T

Dietrichsteingasse 3/1
1090 Wien

zentrale@neueorganisationen.at